

## Beschluss des Studierendenparlamentes vom 30. Juni 2016

### Weiter initiativ mit der Strategie „Uni für alle statt Exzellenz“!

„Der Pressesprecher oder Präsident einer Universität verkündet stolz, dass seine Universität im Ranking in den letzten Jahren von Platz 37 auf Platz 23 aufgestiegen sei, wird aber sprachlos, wenn er berichten soll, welchen großartigen Einsichten und Forschungsergebnissen dieser Aufstieg denn zu verdanken sei. Beredt wird er wieder, wenn er kundtut, man habe soundso viele Graduiertenkollegs gegründet und einen Sonderforschungsbereich eingerichtet, aus der Exzellenzinitiative größere Summen erhalten etc. pp. Im Übrigen gebe es noch viel zu tun, die Universität werde sich noch um weitere Fördergelder bewerben, man sei zuversichtlich, diese zu erhalten, denn die Universität sei gut aufgestellt.“ (Jochen Hörisch, „Privat ein Laster, öffentlich eine Tugend“, FAZ vom 29. Mai 2016)

Die Exzellenzinitiative heißt jetzt Exzellenzstrategie, und bleibt weiterhin eine große Dummheit. Nach wie vor schadet sie erheblich Forschung und Lehre, quält die Hochschulangehörigen und konterkariert eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaft im Dienste der der großen Mehrheit der Menschen.

Entgegen nachdrücklicher und immer weitere Kreise ziehende Kritik und Proteste aus den Hochschulen haben sich die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin am 16. Juni auf die Fortsetzung des „Exzellenz“-irgendwas geeinigt – mit ein wenig mehr Geld und verbunden mit dem Gefasel von „besseren Aufstiegschancen“. Betont wird ansonsten das pur ideologische Gebot eines von „strengem wissenschaftlichen Wettbewerb geleiteten Verfahrens“. Es ist wenig überzeugend, wenn die Ministerpräsidentenkonferenz ständig hervorheben muss, wie wissenschaftlich ihre Wissenschaftspolitik ist.

Es ist also noch nicht gelungen, eine nächste Runde der Exzellenzinitiative jetzt schon zu verhindern zu Gunsten einer bedarfsdeckenden Grundfinanzierung aller Hochschulen. Dennoch haben die bundesweiten Proteste die öffentliche Diskussion zugunsten einer Durchsetzung humanistischer Bildung und Wissenschaft in Überwindung der üblen neoliberalen Deformationen deutlich vorangebracht. Die demonstrative Euphorie für das Elite-Ideologem ist einem zunehmenden Realismus gewichen, die Wahrheit über die Exzellenzinitiative wird immer häufiger offen ausgesprochen: Mit inhaltlicher Qualität hat sie nichts zu tun; die Konkurrenzformigkeit schadet einer kooperativen Entwicklung von Forschung und Lehre mit dem Inhalt einer solidarischen gesellschaftlichen Entwicklung; das Antragswesen verschleißt nutzlos enorme Kräfte, die einer sinnvollen wissenschaftlichen Produktivität geraubt werden; die Antragsprosa ist eine einzige Heuchelei und Schönfärberei, die den argumentativen Austausch über ein vernünftige Weiterentwicklung der Wissenschaft verhindert.

Der Kaiser steht schon lange ohne Textilien da, eine neue Qualität der Entzauberung des Despoten ist erreicht, weil immer mehr dem Kind beipflichten, dass der Despot wirklich nackt ist – nun muß er noch entthront werden.

Das Studierendenparlament und der AstA werden daher die Kampagne „Uni für Alle statt Exzellenzinitiative“ weiterführen und dafür die fortgesetzte und erweiterte Zusammenarbeit mit Fachschaftsräten und Mitgliedern aller Hochschulgruppen suchen.

- Die Unterschriftenkampagne wird textlich aktualisiert und fortgeführt

- In allen Gremien wird die Debatte um Uni für alle statt Exzellenz weitergeführt, darauf gerichtet, dass keinerlei strukturelle und finanzielle Unterwerfung unter die Exzellenzinitiative stattfindet, und mit der Erweiterung auf eine generelle Kritik an dem Konkurrenzprinzip in der Wissenschaft, speziell an der Finanzierung durch Drittmittel.
- Als positiver Gegenpol wird die Studienreform weiter voran getrieben mit verstärktem Augenmerk auf die kritische Verantwortung der Wissenschaft für Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Flüchtlingssolidarität.
- Das Wintersemester wird mit Aktivitäten (u.a. Vollversammlung, Demo) zur Beendigung der Schuldenbremse für eine bedarfsdeckende Finanzierung von Hochschule und Bildung, sowie anderen sozialstaatlichen Einrichtungen eröffnet. Dafür wird die Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen auch außerhalb der Hochschulen gesucht.